



Staatsminister Steffen Flath Foto: Lange

Staatsminister Steffen Flath:

Ein Land verschwindet unter Beton

Der Flächenfraß grassiert. In Sachsen verschwinden täglich acht Hektar Boden unter Asphalt und Beton – das entspricht ungefähr 15 Fußballplätzen. Fast 30 Millionen Quadratmeter werden jedes Jahr in Siedlungs- und Verkehrsfläche verwandelt. Auf einer Fläche etwa so groß wie ein Drittel des Nationalparks Sächsische Schweiz entstehen Häuser, Gewerbehallen, Straßen, Tankstellen, Parkplätze und Friedhöfe. Allerdings ist lediglich knapp die Hälfte des statistisch als Siedlungs- und Verkehrsfläche erfassten Areals tatsächlich versiegelt. Die andere Hälfte besteht aus Siedlungsgrün, wie zum Beispiel Parkanlagen, Vorgärten oder Verkehrsinseln.

Zunehmende Versiegelung

Dennoch brennt es: Wir Sachsen pflastern unsere Heimat zu. Seit 1992 wuchs die Siedlungs- und Verkehrsfläche um insgesamt 15 Prozent. Jährlich kommen 1,4 Prozent hinzu. Ein Zehntel des Landes ist bereits geopfert. Offenbar unbemerkt von der Öffentlichkeit geht es dem Boden – neben Wasser und Luft eine der wichtigsten Lebensgrundlagen für den Menschen – an den Kragen und das schon seit Jahrzehnten. Dass dieser Raubbau ohne Aufschrei von statten geht, lässt sich nur damit erklären, dass den wenigsten die Notwendigkeit des Bodenschutzes bekannt ist. Tatsächlich halten 61 Prozent der Sachsen die Luftverschmutzung immer noch für die größte Umweltgefahr. Für lediglich 29 Prozent ist

die Bodenversiegelung ein Problem. Dabei hat sich der Flächenhunger in den letzten Jahren zu einer der schwerwiegendsten Umweltbelastungen entwickelt.

Wie soll unser Land in ein, zwei Generationen aussehen? Ganz Sachsen so heillos zersiedelt wie das Ruhrgebiet? Schlecht ist die Baumanie für viele Pflanzen und Tiere, die auf unzerschnittene Lebensräume angewiesen sind. Leidtragende sind aber auch Menschen, die immer schwerer Erholungsräume finden. Die zunehmende Bebauung hemmt den Luftaustausch zwischen Stadt und Land, das lokale Klima verschlechtert sich. Versiegelter Boden kann kein Regenwasser aufnehmen, immer weniger Niederschlagswasser erreicht den Grundwasserspeicher. Wasser, das nicht versickert, kann an anderer Stelle die Hochwassergefahr erhöhen. Asphaltierter Boden entfällt als Filter für sauberes Trinkwasser. Bauern verlieren ihre Bewirtschaftungsgrundlage. Lebensmittel aus der Region sind schwieriger zu bekommen, weil Felder und Äcker zu Gewerbeflächen werden. Damit nicht genug: Wenn immer mehr grüne Wiesen verloren gehen, werden auch die Wege länger. Das bedeutet mehr Verkehr, mehr Lärm, mehr Abgase, mehr Straßen, mehr Parkplätze und weniger Grün – ein Teufelskreis. Es wird Zeit, ihn zu durchbrechen.

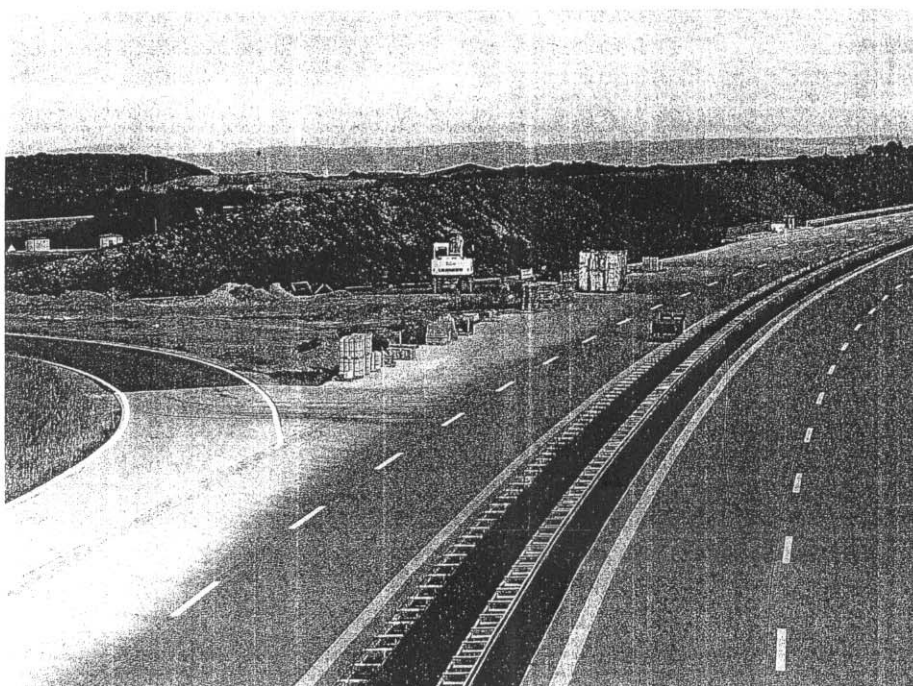
Sachsen verfügt pro km² Landesfläche über 1980 m Straßen. Dies sind rund 150 Meter mehr als im

Bundesdurchschnitt. Auch pro Einwohner gibt es heute in Sachsen mehr Straßen als im Bundesdurchschnitt. Langfristig ist der Unterhalt des ausgebauten Infrastrukturnetzes auch mit einer steigenden Belastung der öffentlichen und privaten Haushalte verbunden und das bei gleichzeitig sinkender Bevölkerung. Warum also nicht für jede neue Straße, die gebaut wird, eine alte abreißen? In Politik und Wissenschaft wächst die Einsicht, dass es so nicht weitergehen kann.

Umdenken ist notwendig

Verantwortungsvolle Umweltpolitik bedeutet nicht das Rad der Zeit zurückzudrehen. Gleichwohl gilt es, den Boden als endliches Kapital zu begreifen. Erste Anzeichen eines Umdenkens gibt es. Die Landkreise Sächsische Schweiz und der Weißeritzkreis haben so genannte »Entsiegelungsbörsen« ins Leben gerufen. Hier werden Objekte erfasst, die für neue Straßenbauvorhaben abgerissen werden können. Ähnliche Projekte gibt es in den Städten Dresden, Reichenbach und Plauen. Die Stadt Leipzig honoriert Abrissmaßnahmen mit einer Gutschrift auf einem Ökokonto. In regionalen Flächenpools wie in Westsachsen werden Gebäude und Flächen gesammelt, die rückgebaut und entsiegelt werden können. Andere Kommunen sind dazu übergegangen, das Wachstum der Dörfer und Städte flächensparend zu organisieren, durch Nutzung von Baulücken oder durch Recycling von Industriebrachen. Auch der Gesetzgeber hat reagiert. Regelungen für mehr Bodenschutz finden sich mittlerweile im Raumordnungs-, Bau-, Naturschutz- und Immissionsschutzrecht wieder. Das neue Sächsische Wassergesetz verlangt die Ausweisung von Hochwasserentstehungsgebieten. Dort dürfen neue Bauvorhaben zukünftig nur entstehen, wenn an anderer Stelle der Wasserrückhalt in der Fläche verbessert wird.

Es tut sich was für den Bodenschutz, aber eine Trendwende ist noch nicht in Sicht. Die Folgen des Flächenhungers sind in den meisten Köpfen noch gar nicht präsent. Das Land braucht eine fachübergreifende Bodenschutzstrategie. Sie muss von bodenschonenden Steuergesetzen bis zur Wohnungsbau- und Subventionspolitik reichen. Den Flächenfraß zu bändigen ist eine Daueraufgabe.



Autobahnbau A 17 bei Dresden Foto: MSG